

50X1-HUM

Page Denied



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 10. Mai 1949

Nachrichten

Nationale Front für Deutschlands Einheit

Otto Grotewohl: "Man kann den Rahmen nicht weit genug spannen"

Bekenntnis zu Einheit und Frieden

Forderung nach einheitlicher Berliner Verwaltung

Wahl-Schichten und -Kundgebungen zum 3. Deutschen Volkskongress

Brandenburgs schaffende Jugend zum 3. FDJ-Parlament

Zwischenergebnisse der Planproduktion

Streikbeschlüsse süddeutscher Bauarbeiter

Zunehmende Erwerbslosigkeit im Saargebiet

5 OCO Einwohner werden zur Wahl am 15. und 16. Mai mobilisiert

Aus Theorie und Praxis unserer Partei

Die Rolle der Partei bei der Durchführung der Aufgaben des Wohnungsbaues

Spezialisierte Arbeit der Traktorenkommission

Pressestimmen

Vernichtung der südbadischen Exportindustrie

Ernährungsschwierigkeiten in Süd-Württemberg

Kommentare

Etappen zur deutschen Einheit

Allumfassende nationale Front muss die Einheit erkämpfen

VVN für Frieden und Einheit

Wer sichert unsere nationalen Interessen?

Arbeitsberatungen gegen den Bürokratismus

Artikeldienst

Zur Verbesserung unserer Nachwuchsplanung (von Georg Chwalczyk)

Stimmen des Auslandes

Nächtliches Moskau

Die kulturelle Revolution in Polen

Der rumänische Staatsverlag

Zur Information

England von heute (von Olga Schlichtschowkina)

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Nachrichten
=====

Nationale Front für Deutschlands Einheit

Otto Grotewohl: "Man kann den Rahmen nicht weit genug spannen"

Berlin, 10.5. (N.D./T.R./E.B.)

In einer bedeutsamen Rede vor dem Präsidium des Deutschen Volksrates erklärte Otto Grotewohl, dass die Einheit Deutschlands und die Zukunft unseres Volkes durch die überhastete Annahme des "Grundgesetzes" für einen westdeutschen Separatstaat erneut stark gefährdet sei. In der gegenwärtigen Situation Deutschlands, wenige Tage vor dem Zusammentreten des Ausserministerrats sei es notwendig, eine Nationale Front für den Kampf um die Einheit Deutschlands zu schaffen, wobei man den Rahmen nicht weit genug spannen könne. Den westlichen Militärgouverneuren machte Otto Grotewohl den Vorwurf, dass sie den Parlamentarischen Rat Westdeutschlands zur Schaffung eines Separatstaates vergewaltigten.

Es sei unverständlich, fuhr Otto Grotewohl fort, dass die Männer von Bonn nicht die Kraft aufgebracht hätten, den Militärgouverneuren zu erklären, dass sie nicht gewillt seien, 14 Tage vor dem Zusammentreten der Pariser Konferenz Schritte zu unternehmen, die die Spaltung Deutschlands vertiefen könnten. Hier hätte das nationale Gewissen dieser Männer schlagen müssen. Unter keinen Umständen dürfe man sich in der gegenwärtigen Situation für einen deutschen Weststaat entscheiden. Man könne sich nur für das ganze Deutschland entscheiden. /oder einen deutschen Oststaat

"Die vom Präsidium des Deutschen Volksrates erneut vorgeschlagenen Verhandlungen in Braunschweig sind keine Manöver. Wer in einer solchen Frage vom Standpunkt und in den engen Interessen einer Partei handelt, der versündigt sich damit am deutschen Volke."

Unser nationales Bewusstsein und unsere Verantwortung vor unseren Kindern zwingen dazu, sich mit jedem, der bereit ist, für die Einheit Deutschlands zu kämpfen, zu verständigen. Wenn es Kreise gäbe, die an der Bezeichnung "antifaschistisch-demokratische Ordnung" Anstoss nähmen, wenn diese Bezeichnung zu einer Barriere im Kampf um die deutsche Einheit werde, so müsse man nicht darauf bestehen.

Otto Grotewohl appellierte an alle Politiker, persönliche Motive und Gefühle in den Hintergrund treten zu lassen vor der gegenwärtigen nationalen Aufgabe. Man müsse die Kraft aufbringen, dem anderen, der in vielen Dingen eine andere Meinung habe, zuzubilligen, dass er seine Entscheidungen in subjektiver Ehrlichkeit fälle. "Wir haben die Kraft, dies zuzugestehen", rief Grotewohl, "und den Blick über die Meinungsverschiedenheiten in kleineren Dingen hinaus auf die grosse Sache zu richten."

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Nachrichten - 2 -

Otto Grotewohl schlug vor, die Einladung zu Verhandlungen auf gesamtdeutscher Basis, die an den Parlamentarischen Rat und an den Zweizonen-Wirtschaftsrat gerichtet worden waren, auf die politischen Parteien Westdeutschlands, die Gewerkschaften und Friedensgesellschaften auszudehnen. Vor allem sollten die zwölf Mitglieder des Parlamentarischen Rats, die gegen das sogenannte "Grundgesetz" gestimmt haben, eingeladen werden. Ausserdem sollten Einladungen an den Naheimer Kreis und an die westdeutschen Jugendverbände gerichtet werden, die auf ihrer Tagung in Braunschweig "vernünftige Töne gefunden hätten als die Alten". Als Termin für die vorgeschlagene Braunschweiger Konferenz schlug Otto Grotewohl den 20. Mai vor, damit die Stimme des deutschen Volkes noch rechtzeitig auf der Aussenministerkonferenz gehört werde. Aus dem gleichen Grunde regte er an, dass das Sekretariat des Volksrats die Vorbereitungen zur Einberufung des III. Volkskongresses, der am 15. und 16. Mai gewählt wird, beschleunigt durchführe, so dass auch die Stimme dieser gewählten Vertretung des deutschen Volkes in Paris Gehör finde.

Es wurde beschlossen, die Einladung zur Braunschweiger Tagung über die bisher gemachten Vorschläge hinaus auch an die westdeutschen Frauenorganisationen und an die Bauernorganisationen Westdeutschlands zu richten.

Bekenntnis zu Einheit und Frieden

Eine vom Deutschen Volksrat anschliessend angenommene Resolution begrüsst die Beschlüsse des Pariser und Prager Weltfriedenskongresses als entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens. Den Kriegsinteressenten die Waffen aus der Hand zu schlagen, die Menschheit von der Furcht vor einem neuen Krieg zu erlösen, wird als Aufgabe der Friedenskämpfer aller Völker bezeichnet. Dieses Lager setze sich zusammen aus allen friedliebenden und fortschrittlichen Menschen in allen Nationen und besitze in der Sowjetunion und den Volksdemokratien seine stärkste Stütze. Es zähle heute bereits 700 Millionen Anhänger vieler Organisationen aus 72 Nationen und gewinne mit jedem Tage an Kraft und an Einfluss auf die internationale Entwicklung. Darin habe die gesamtdeutsche Delegation als Gleiche unter Gleichen Sitz und Stimme.

Der Deutsche Volksrat dankt für die Hilfe, die ihm die Friedenskämpfer aller Nationen im Kampf um Einheit und Frieden in Deutschland gewähren. Er begrüsst die Bildung des internationalen Komitees der Kämpfer für den Frieden und erklärt seine Bereitschaft zur Mitarbeit an dem in Deutschland zu schaffenden nationalen Komitee.

Die Verständigung der Alliierten über die Aussenministerkonferenz in Paris ermutige das deutsche Volk zu der Hoffnung, dass die Einheit Deutschlands gesichert und ein gerechter Friede gewährt werde. Wenn sich jetzt die Alliierten über Deutschland verständigen wollen, verpflichte dies die Deutschen, sich selbst untereinander zu verständigen. Die erfolgte Annahme des Grundgesetzes für einen westdeutschen Separatstaat durch den Parlamentarischen Rat in Bonn errichte jedoch eine nationale Interessen Deutschlands und werde vom Deutschen Volksrat allen Landsleuten aus dem Westen des Vaterlandes zu gemeinsamen Beherbeizuführen.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 10. Mai 1949^e
- 3 -

Im Zeichen dieses nationalen Bekenntnisses für Deutschland ruft das Präsidium des Deutschen Volksrats das gesamte deutsche Volk auf, sich für den 3. Deutschen Volkskongress zu erklären. An die westdeutschen Parteien, Organisationen und an alle anderen nationalen Kreise ergeht erneut die Aufforderung, durch Delegierte, Vertreter oder Gäste am Volkskongress teilzunehmen und eine nationale Front des gesamten Volkes zu bilden.

Die Resolution schliesst mit den Worten: "Es geht nicht um die Sache einer Partei, einer Weltanschauung oder einer Berufsschicht - es geht um Deutschland, seine Einheit und den baldigen gerechten Frieden."

Frauen und Männer in Stadt und Land! Deutsche Jugend!
Bekannt euch durch euer Ja am 15. und 16. Mai zum Kampf für Einheit und Frieden!"

Forderung nach einheitlicher Berliner Verwaltung

B e r l i n , 10.5. (T.R./E.B.)

Auf einer überfüllten Funktionärkonferenz des SED-Landesverbandes Berlin im Friedrichstadtpalast erklärte der erste Vorsitzende Hans J e n d r e t z k y :

"Der beharrlichen Friedenspolitik der Sowjetunion und dem gewaltigen Vormarsch der Friedenskräfte der ganzen Welt ist es zu verdanken, dass nunmehr die Westmächte sich bereit erklären, über das Deutschlandproblem zu verhandeln."

In seinen Ausführungen wies Jendretzky anhand von Zitaten aus der Westberliner Presse nach, dass von westlicher Seite keine Mühen gescheut und keine Provokationen unterlassen wurden, um einen Zwischenfall in Berlin hervorzurufen, damit Berlin zur Fackel eines neuen Krieges würde, an dem die Wallstreet-Strategen wieder gewaltige Summen verdienen könnten. "Wenn Clay jetzt nach Hause fährt", sagte Jendretzky, "dann möge er auf jeden Fall Ernst Reuter und einige andere mitnehmen, damit der Weg in der Berliner Verwaltung für Verhandlungen zwischen Ost und West freigemacht werde." In diesem Zusammenhang forderte Jendretzky die Funktionäre auf, sich für gemeinsame Beratungen der Verwaltungsstellen von Ost- und Westberlin zur Wiederherstellung der Einheit der Verwaltung einzusetzen und regte an, dass je 5 Vertreter der beiden Berliner Verwaltungen gemeinsame Besprechungen einleiten sollten. "Falls sich Herr Reuter als Leiter der Westberliner Verwaltung solchen Forderungen widersetzen sollte, müssten die Berliner Werktätigen dafür Sorge tragen, dass andere, die für die Einheit unserer Stadt eintreten, an diesen Verhandlungen teilnehmen."

Jendretzky warnte die demokratische Öffentlichkeit Berlins vor erneuten Provokationen der UGO und der SPD, mit denen beabsichtigt wird, Zwischenfälle herbeizuführen, die die Verhandlungen der Aussenminister in Paris stören oder gar in Frage stellen sollen.

Abschliessend ermahnte Jendretzky die Funktionäre, sich mit aller Kraft für die Durchführung und den Erfolg der Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress einzusetzen, um damit den Katastrophenpolitikern und Kriegstreibern endgültig ihre Spaltungs- und Kriegsgelüste auszutreiben und dem deutschen Volk eine Lebensgrundlage in einem geeinten Deutschland zu geben.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 10. Mai 1949
- 4 -

Wahl-Schichten und -Kundgebungen zum 3. Deutschen Volkskongress
B o r n a , 10.5. (Rdfk.)

Die Belegschaften von zwölf Betrieben des Bornaer Kohlenreviers verfahren bis zum 14. Mai Sonderschichten anlässlich der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress.

Am 13. Mai findet im Kombinat Espenhain eine Wahlkundgebung statt, auf der neben den Volkskongresskandidaten aus den Reihen der Bergleute des Bornaer Kohlenreviers der Schriftsteller Alexander Abusch zu den Wählern sprechen wird.

P o t s d a m , 10.5. (Rdfk.)

Im Kampf um die Behebung des nationalen Notstandes, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages finden in allen Betrieben der brandenburgischen Braunkohlenreviere Senftenberg und Welzow Abteilungs- und Betriebsversammlungen statt. Auf einer der ersten Versammlungen im Senftenberger Revier wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Bergarbeiter versichern, sie werden bei den Wahlen am 15. - 16. Mai zum 3. Deutschen Volkskongress mit in vorderster Reihe stehen.

Brandenburg/Havel, 10.5. (Rdfk.)

"Das Verlangen nach der Einheit Deutschlands und dem gerechten Frieden ist keine Ostzonenangelegenheit; es wird vielmehr von allen Deutschen erhoben", erklärte Prof. Geissler auf einer Kundgebung in Brandenburg/Havel, in der zur vollständigen Beteiligung aller Einwohner an den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress aufgefordert wurde. Prof. Geissler versicherte, dass die Intelligenz aller Zonen sich am Kampf zur Erreichung der Hauptziele der Deutschen Volkskongressbewegung mit allen Kräften beteiligen wird.

Merseburg, 10.5. (Rdfk.)

"Wenn der Aussenministerrat am 23. Mai in Paris zusammentritt, dann muss der Ruf nach Einheit und Frieden für ganz Deutschland seine Arbeit bestimmen", erklärte die Betriebsgewerkschaftsgruppe des Buna-Werkes in einer Stellungnahme zur bevorstehenden Konferenz des Aussenministerrates. "Deshalb - heisst es in der Stellungnahme weiter - wird das gesamte deutsche Volk am 15. und 16. Mai das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands und zum Frieden ablegen. Jeder Werktätige soll am Arbeitsplatz und auf der Strasse ein Organisator für den 3. Deutschen Volkskongress sein."

Eberswalde, 10.5. (E.B.)

Auf einer Versammlung der "Freunde der neuen Schule" in Eberswalde gaben alle Teilnehmer das Versprechen ab, mitzuwirken bei der Vorbereitung und Durchführung der am 15.-16. Mai stattfindenden Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress. Darüber hinaus werden sie die Beschlüsse der Weltfriedenskongresse verwirklichen helfen und die Jugend zu lebensbejahenden, schöpferischen Menschen erziehen, die in Frieden und Freundschaft mit der Jugend aller Nationen lebt.

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Nachrichten - 5 -

B e r l i n , 10.5. (FDGB)

Über 150 Teilnehmer einer Arbeitstagung der Instruktoren aller Industriegewerkschaften und Gewerkschaften in Berlin-Grünau waren sich einig, dass die am 23. Mai stattfindende Konferenz des Aussenministerrates, die das Problem Deutschland behandelt, auch als ein Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes um die Einheit Deutschlands und den Frieden in der Welt zu bewerten ist. "Im gegenwärtigen Augenblick kommt es darauf an, diesen Kampf durch die fortschrittlichen Massen des Volkes gewaltig zu beleben", erklären die Teilnehmer der Instrukteurenkonferenz der Gewerkschaften in einer Entschliessung. "Darum wollen wir als Gewerkschaftsinstruktoren alle Anstrengungen machen, dass die Wahl zum 3. Deutschen Volkskongress zu einem entscheidenden Erfolg führt. Bereits am Sonntag, dem 15. Mai, dem ersten Tage der Wahl, soll ein überwältigendes Ergebnis erreicht werden."

Brandenburgs schaffende Jugend zum 3. FDJ-Parlament

P o t s d a m , 10.5. (Rafk.)

Zur Vorbereitung des 3. Parlaments der Freien Deutschen Jugend, das zu Pfingsten in Leipzig stattfindet, führten die Betriebs-, Dorf- und Schulgruppen der brandenburgischen FDJ in allen Kreisen Wettbewerbe durch. In den Wettbewerben zur Entwicklung der Aktivistebewegung auf dem Lande steht die brandenburgische FDJ vor den übrigen Landesverbänden an erster Stelle. Die FDJ-Gruppen des Industriekreises Calau nehmen im Landeswettbewerb für besondere Leistungen in der Aktivisten- und Mitgliederwerbung den ersten Platz ein.

Auf der 3. Landesdelegiertenkonferenz der FDJ Brandenburg wurden die besten FDJ-Gruppen mit wertvollen Prämien ausgezeichnet. Dreissig Jungaktivisten erhielten die Aktivisten-Ehrennadel.

Zur Weiterentwicklung der Aktivistebewegung auf dem Lande wird die FDJ in jeder Maschinen-Ausleihstation eine Betriebsgruppe gründen.

Zwischenergebnisse der Bauproduktion

Haller 2 drängt nach vorn

B e r l i n , 10.5. (FDGB)

In der ersten Woche im letzten Monat des Wettbewerbes der Belegschaften der Stahl-Formgiessereien wurden folgende Sollziffern erreicht:

Leipziger Eisen- und Stahlwerke 25,4 %, Elektro-Stahlguss, Leipzig-West 31 %, Stahlgiesserei Copitz 34,4 %, Ketschendorf 20,3 %, Haller 2, Torgelow 36,1 % und Ückermünde 30,9 %.

- 6 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 10. Mai 1949
- 6 -

Gewerkschaftsinstrukteure beraten ihre Aufgaben

B e r l i n , 10.5. (FDGB)

Die Masseninitiative in der Produktion noch mehr zu fördern, betrachten die in Berlin-Grünau auf einer Arbeitstagung versammelten Gewerkschaftsinstrukteure als ihre Hauptaufgabe. Vor allem soll die Aktivistenbewegung in den Betrieben organisiert und die Arbeitserfahrungen der Aktivisten ganzen Belegschaften zur Auswertung vermittelt werden. Als unerlässlich für ihre Tätigkeit halten die Instrukteure betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Diese könnten sie von den Industrie-Gewerkschaften, aber auch durch Zusammenarbeit mit der Intelligenz und den Instrukteuren der Deutschen Wirtschaftskommission erhalten.

Der Bundesvorstand des FDGB stiftete für zwischen-betriebliche Wettbewerbsteilnehmer eine Fahne, die zu Ehren des 2. Weltkongresses des WGB dem Siegerbetrieb überreicht wird. Im Verlauf dieses Arbeitswettbewerbs finden in den Betrieben Vorträge statt über internationale Solidarität im Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer sozialen Lage und die Erringung eines dauerhaften Friedens.

Die Wettbewerbe sollen zur wirklichen Massenbewegung werden. Der Kampf um die Einheit Deutschlands und die verstärkten Anstrengungen aller Gewerkschafter um die Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung geben dieser Massenbewegung den politischen Charakter.

Streikbeschluss süddeutscher Bauarbeiter

Ludwigshafen (E.B.)

In einer Urabstimmung bekundeten 98 % der Belegschaften der Ludwigshafener Baustoffbetriebe ihren Willen, ihre Forderung nach einer 30 %igen Lohnerhöhung durch einen Streik durchzusetzen.

Die Betriebsräte der Baubetriebe von Rheinland-Pfalz beschlossen in einer Konferenz in Neustadt, die Arbeit niederzulegen, falls die Unternehmer die Aufnahme von Lohnverhandlungen weiterhin verweigern sollten.

Zunehmende Erwerbslosigkeit im Saargebiet

S a a r b r ü c k e n , 10.5. (E.B.)

Im Monat Februar 1949 meldete das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt des Saargebietes 13 269 Arbeitslose. Davon waren 4 349 arbeitslos und im Genuss der Erwerbslosenunterstützung. Für rund 4 000 Arbeiter gab es keine Beschäftigungsmöglichkeit. Inzwischen entliess der Metallbetrieb "GEMA", St. Ingbert, 60 Leute. Die Lederwerke St. Ingbert schickten einen Teil der Belegschaft in Urlaub und führten Kurzarbeit ein. In der Woche wird an einem Tag gearbeitet. Alle übrigen Schichten erhalten Erwerbslosenfürsorge. Die Holzfasern-Platten-Fabrik Losheim kündigte von 316 Mann Belegschaft zum 19.5. 100 Arbeitern. Die Versandstelle der Konsumgenossenschaft "Edeka", Saarbrücken, hat bereits vor einiger Zeit 30 Arbeiter entlassen. Die Dachziegelei Sötern

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

10. Mai 1949

- 7 -

wurde dieser Tage stillgelegt. Zur Entlassung kommen bis zum 20.5. 53 Arbeiter. Die Direktion der Firma Villeroy & Boch (Glas und Keramik), Merzig, gab am 7.5. bekannt, dass die Produktion eingeschränkt und ein Gaskammerofen stillgelegt werden müsse.

Die Bauunternehmer entlassen die Arbeiter nach Erfüllung eines Bauauftrages und stellen sie wieder ein, wenn es gelungen ist, einen neuen Auftrag zu erhaschen.

Im Bergbau wird der laufende Abgang von Arbeitern nur noch zu einem kleinen Teil durch Neueinstellungen ersetzt. Die Saar-Eisenbahnen entlassen 1 100 Bedienstete. Auch in den öffentlichen Verwaltungen werden Entlassungen durchgeführt. Die Arbeitsämter sind nur noch Registrieremaschinen; Einfluss auf die Wirtschaft haben sie nicht mehr.

Flensburger Messe - ein Misserfolg

F l e n s b u r g , 10.5. (E.B.)

"Die Flensburger Messe war die grösste Pleite. Vom Ausland ist nichts zu hoffen. In Hannover kamen auch keine Abschlüsse zustande. Wenn wir bloss einmal zum Verkauf kämen", erklärte der Vertreter der Firma Herbert Krüger, Fabrik für hochwertige Haushaltswaren am Messestand dieses Lübecker Grossbetriebes. Über 70 % der Aussteller wollten bereits 6 Tage vor Schluss der Messe ihre Stände räumen. Nach Auskunft der Messeleitung und eines Vertreters der Landesregierung sowie über 50 Ausstellern ist das Misslingen der Messe auf den von den Westmächten unterbrochenen Interzonenhandel zurückzuführen. Das Auslandsgeschäft leidet unter der Kontrolle der amerikanischen Handelsagentur JEIA.

"In Leipzig war das anders. Da konnten wir in das Exportgeschäft hineinkommen. Aber wir erhielten zum zweiten Mal keine Erlaubnis mehr, nach Leipzig zu gehen. Wir hoffen, im Herbst wieder in Leipzig vertreten zu sein", sagte der die Firma J. & P. Ott, Lederwaren, aus Obertshausen bei Offenbach vertretende Kaufmann. Ähnlich äusserte sich ein Vertreter der Spezialfabrik Keck, Uhrenexport, von dessen Handelsgeschäften die Existenz von 600 bis 1 000 Pforzheimer Arbeiterinnen und Arbeitern abhängt: "Als wir zum letzten Mal nach Leipzig durften, erhielten wir gute Aufträge für die Sowjetunion und für die Länder Südost-Europas. Seitdem es keinen Handel mehr mit den östlichen Ländern gibt, liegt die Pforzheimer Uhrenindustrie darnieder."

Die Aussteller übten an der Flensburger Messeleitung ernste Kritik. An 6 gut sichtbaren Stellen der Stadt sind Plakate angebracht, auf denen u.a. zu lesen ist: "Groben Unfug hat die Messeleitung mit den Ausstellern getrieben, die aus ganz Deutschland zu einer völlig unvorbereiteten Ausstellung gelockt wurden..."

Pressedienst
(FD)

10. Mai 1949

5 000 Einwohner werden zur Wahl
am 15. und 16. Mai mobilisiert

In den Randgebieten von Berlin wird fieberhaft an der Vorbereitung der Wahlen für den 3. Volkskongress gerüstet. Die demokratischen Parteien setzen sich zum Ziel, die Wahlen am 15. und 16. Mai zu einem grandiosen Aufmarsch für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu gestalten. In einigen Gemeinden beschlossen die demokratischen Selbstverwaltungen, den Orts-Volksausschuss bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl aktiv zu unterstützen.

So fasste z.B. die Gemeindevertretung Fredersdorf bei Berlin den einstimmigen Beschluss, sämtliche Vorstände und Vertreter der Parteien, der Massenorganisationen, der Kirchengemeinschaften und Verwaltungen, wie Post und Eisenbahn, zu einer gemeinsamen Aussprache einzuladen. Sämtlichen Einladungen wurde Folge geleistet, und es wurde besonders herzlich begrüßt, dass die Gemeindevertretung die Initiative ergriffen hatte.

Es wurden positive und praktische Vorschläge gemacht, wie man die gesamte Einwohnerschaft zu den bedeutungsvollen Wahlen mobilisiert. Eine gemeinsame Veranstaltung ist festgelegt worden. Die Kleingärtnerorganisation wird für die Ausschmückung des Ortes mit Blumen usw. Sorge tragen. Die Geschäftsleute werden einen Wettbewerb für die beste Dekoration der Schaufenster veranstalten. Während der Kinoveranstaltungen werden die Vertreter des Volksausschusses 5 Minuten sprechen. Der Schulkinderchor und der Männergesangsverein führen Platzkonzerte durch. Die FDJ stellt sich zur Haus- und Strassenpropaganda zur Verfügung. Die Sportler veranstalten ein Sportfest, welches im Zeichen der Wahl stehen wird. Auch die Feuerwehr wird auffahren und eine Propagandafahrt in Verbindung mit einer Übung vornehmen. Die Vertreter der Kirche stellen sich am Wahlsonntag ^{darauf} in ihren Predigten ein, um sich besonders dem Frieden und der Einheit Deutschlands zu widmen. Der VdgB wird mit Bauernreitern und Ackerwagen die Strassenpropaganda durchführen.

Kurzum, der gesamte Ort von 5 000 Einwohnern kämpft für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden am 15. und 16. Mai.

Richard Wiesecke

PresseDienst
(PD)

10. Mai 1949

Aus Theorie und Praxis unserer Partei
=====

Die Rolle der Partei bei der Durchführung der Aufgaben
des Wohnungsbaues

(Von Karl Jagodzinski)

"Jetzt kommt es darauf an, daß die Konferenzbeschlüsse in der ganzen Partei durchgesprochen und Sicherungen für ihre Durchführung getroffen werden." (Wilhelm Pieck) Aus dem Referat von Walter Ulbricht über unsere Wirtschaftspolitik im Jahre 1949 haben die Ausführungen über den Wohnungsbau starke Beachtung gefunden. Die Angabe konkreter Zahlen ist der Beweis dafür, daß es auch auf diesem Gebiet mit der Improvisation vorbei ist und der planmäßige Aufbau beginnt. Diese Tatsache bleibt auch bestehen, selbst wenn die angegebenen Zahlen bei der endgültigen Plangestaltung noch einer Korrektur unterworfen werden müßten. Die Inangriffnahme des Wohnungsbaues löst aber eine Reihe von Aufgaben aus, die durch den Niederbruch unserer Wirtschaft verursacht worden sind, und deren Lösung ohne die breiten Schichten des Volkes nicht gelingen kann. Hier die Führung zu übernehmen, ist die Aufgabe der Partei.

Wo ausgebaut werden soll, muß zunächst einmal der Bauplatz vom Schutt gesäubert werden. Die Enttrümmerung unserer Städte ist an vielen Stellen zurückgestellt worden. Beispielsweise haben z.B. Dresden und Magdeburg gearbeitet. Aber auch hier werden die Arbeiten fast ausschließlich von bezahlten Kräften ausgeführt. Es gilt, mit Hilfe der untersten Einheiten der Partei wieder die Masseninitiative zur ehrenamtlichen Arbeit zur Unterstützung der bezahlten Kräfte zu entfalten. Die Zeit des Anlaufens der Bauarbeiten im Zuge des Zweijahrplanes muß ausgenutzt werden, um der Enttrümmerung durch Einsatz der Massen wieder Auftrieb zu geben. Im Landesverband Berlin betätigen sich schon seit Monaten SED-Aktivistinnen jeden Sonntag beim Aufbau des neuen Borsigwerkes. Dieses Beispiel verdient in der Zone bei der Enttrümmerung der Städte Nachahmung. Der Impuls dazu kann aber nur von einer Massenorganisation der Schaffenden ausgehen, wie sie die SED ist.

Aber auch unsere Genossen in den Verwaltungen sollten sich dazu aufraffen, einen Austausch der bei der Trümmerbereinigung und Trümmerverwertung gesammelten Erfahrungen zustande zu bringen. Der Erfahrungsaustausch ist auf diesem Gebiete besonders wichtig. Wenn die Initiative dazu nicht von oben kommt, muß sie von unten ergriffen werden.

Unsere Betriebsgruppen des Baugewerbes, insbesondere erwächst mit der Inangriffnahme des Wohnungsbaues eine Fülle von Aufgaben. Auch im Baugewerbe muß die Aktivistenbewegung Boden gewinnen. Gute Ansätze sind bereits da, es fehlt jedoch noch an einer Ausdehnung in die Breite. Der Bauarbeiter ist in seinen Arbeitsmethoden besonders konservativ. Hier muß eine Bresche geschlagen werden. Dazu sind die fortschrittlichen Kräfte der SED-Betriebsgruppen in erster Linie berufen.

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Aus Theorie u. Praxis - 2 -

Das Baugewerbe arbeitet mit Stoffen, die zu den kohlefressenden gehören. Mit der Kohle muss aber sparsam umgegangen werden. Es ist daher Aufgabe des Baugewerbes, sich in erster Linie solcher Baustoffe zu bedienen, die ohne Kohle produziert werden. Das gilt insbesondere für die Bindemittel. Kalk und Zement müssen in weitestem Masse durch Aschebinder und Anhydrit ersetzt werden. Das Primat des Bindemittels Zement ist eine Folge des rücksichtslosen einseitigen Durchsetzens der Interessen durch die früheren Zementkartelle gewesen. Sie sind in unserer Zone beseitigt, und damit ist die Bahn für die Verwendung kohlesparender und kohlefreier Binder freigemacht. Es gilt aber jetzt, einmal bei der Produktion dieser Binder durch genaue Innehaltung der Herstellungsvorschriften einen wirklich gleichwertigen Baustoff zu schaffen, zum anderen aber auch bei der Verarbeitung den Eigenarten dieser Bindemittel Rechnung zu tragen. Hier bedarf es einer Aufklärung und Erziehung des Facharbeiters im Produktions-sowohl als auch im Verarbeitungsprozess. Dieser Aufgabe sollten sich die Betriebsgruppen nachdrücklichst annehmen.

Die Frage des Nachwuchses an tüchtigen Baufacharbeitern ist ein ernstes Problem. Durch Umschulung allein ist der Nachwuchs nicht sicherzustellen. Es muss zu einer planmässigen Lehrlingsausbildung übergegangen werden. Hier hat eine intensive Aufklärung und Werbung einzusetzen, die in erster Linie von der Verwaltung zu erfolgen hat, aber von der breiten Masse getragen werden muss. Die SED als Partei der Werktätigen ist mehr als jede andere Organisation berufen, auf diesem Gebiete die Verwaltung durch Aufklärung und Werbung in ihren eigenen Reihen und darüber hinaus tatkräftig zu unterstützen.

Wir können auch im Baugewerbe nicht mehr aus dem Vollen schöpfen, sondern müssen uns mit dem Wenigen bescheiden, was uns verblieben ist. Wenn auch die Produktion der Baustoffe bereits gesteigert ist und eine weitere Produktionssteigerung im Zuge des 2-Jahrplanes eintreten wird, soll uns das nicht hindern, noch andere Möglichkeiten zu erschöpfen. Deshalb ist es nötig, sich wieder der Naturbauweisen zu bedienen. Hier verdient der Lehmbau starke Förderung. Bei der Durchführung des Bauprogramms für die Neubauern im vergangenen Jahre konnten in dieser Beziehung wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Die Lehmbauweise wird da, wo ihre Anwendung möglich ist, weiter gefördert werden müssen. Dazu ist aber zweierlei nötig. Zunächst einmal ist die Abneigung in den Reihen der Bauarbeiterschaft zu überwinden. Der Ausspruch: "Mit Dreck baut man nicht", im Munde eines Fachmannes, wirkt sich unheilvoll aus. Die Betriebsgruppen haben die Aufgabe, dem Facharbeiter den Lehmbau nahezubringen und vor allem die Grenzen seiner Anwendbarkeit aufzuzeigen. Ist das Interesse erst geweckt, ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zum Besuch eines Kursus an einer Lehmbauschule durch den Baufacharbeiter. Es muss aber auch die Abneigung der grossen Masse gegen den Lehmbau überwunden werden. Hier können sich die unteren Einheiten der Partei auf dem Lande mit Erfolg einschalten und durch sachverständige Genossen aufklärend wirken.

Walter Ulbricht hat in seinem Referat erwähnt, dass bei den entscheidenden Grossbetrieben Arbeiterwohnungen gebaut werden sollen. Die Arbeiterschaft hat es hier in der Hand, sich einen Einfluss auf die Gestaltung der Wohnungen zu sichern. Ein fortschrittlicher Architekt wird sich in dieser Beziehung bereitwillig beraten lassen. Vielleicht führen die Anregungen zu neuen Formen der Wohnungsgestaltung. Wir werden auch einen neuen Wohnungstyp für die alleinstehende berufstätige Frau entwickeln müssen. Grundsätzlich kommt es darauf an, beim Wohnungsbau viel stärker als bisher auf die berufstätige Frau, ganz

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Aus Theorie und Praxis - 3 -

gleich, ob sie verheiratet oder alleinstehend ist, Rücksicht zu nehmen und durch die Raumeinteilung sowie durch besondere Einrichtungen die Hausarbeit zu erleichtern und auf ein Minimum zu vermindern. Hier erwächst den Betriebsgruppen der Grossbetriebe und namentlich den Frauen ein völlig neues Betätigungsfeld.

Also auch das Wohnungsbauprogramm gibt der Partei die Möglichkeit zu beweisen, dass von der führenden Rolle der Arbeiterklasse nicht nur geredet wird, sondern dass sie in Wirklichkeit auch besteht. Das kann der Entwicklung des Wohnungswesens von grossem Nutzen werden.

Spezialisierte Arbeit der Traktorenkommission

Z w i c k a u (PD)

Seit dem 12. März 1949 arbeitet die Traktorenkommission des Kreisvorstandes der SED wöchentlich einen Tag (freitags) operativ im Werk Horch. Die Kommission hilft der Parteibetriebsgruppe, der Gewerkschaftsgruppe sowie der Betriebsleitung in allen anfallenden Aufgaben. Damit die Traktorenkommission erfolgreich arbeiten kann, teilte sich die Kommission in vier Arbeitsgruppen auf:

1. Die technische Gruppe ist verantwortlich für die Beschaffung von Betriebsmitteln, Maschinen usw.
2. Die politische Gruppe ist verantwortlich für die Verbesserung der politischen Arbeit und Verstärkung der SED-Betriebsgruppe durch Zuführung von guten, politisch und fachlich qualifizierten Kräften.
3. Die Gewerkschaftsgruppe ist verantwortlich für die Verstärkung der Arbeit der Gewerkschaft und für die Verbesserung der sozialen Lage der Belegschaft.
4. Eine weitere Gruppe ist verantwortlich für die Verstärkung des Werkschutzes, damit eine gute Kontrolle und Überprüfung aller Fahrzeuge, die ins Werk kommen und das Werk verlassen, gegeben ist.

So hat also jedes Mitglied der Kreistraktorenkommission ein ganz bestimmtes Aufgabengebiet zu erfüllen. Leider wird diese übernommene Aufgabe von zwei Kommissionsmitgliedern nicht ernst genug aufgefasst

1. Der Genosse Kurt Ullmann, der als Aufsichtsratsmitglied der Ifa der Traktorenkommission angehört und praktisch der Verbindungsman sein soll zwischen dem Werk und der "Ifa", hat sich seit dem 17.3.49 an der Arbeit der Traktorenkommission nicht mehr beteiligt. Nach seiner Angabe ist er mit anderer Arbeit zu sehr überlastet.
2. Der Genosse Herbert Wappler, Außeningenieur der Maschinenausschussteile Dresden, hat wohl von Anfang an in der Kommission gut mitgearbeitet, aber seit dem 17.3.49 hat er gleichfalls an der Kommission nicht mehr teilgenommen. Er war der Meinung, daß die Kommission einmal wöchentlich um 17 oder 18 Uhr zu einer Sitzung zusammenkommt und dann wieder auseinandergeht, ohne daß konkrete Aufgaben gestellt werden. Wie jedem Kommissionsmitglied bekannt ist, arbeitet die Traktorenkommission von 8 Uhr im Werk Horch.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Vernichtung der südbadischen Exportindustrie

F r e i b u r g (PD)

Die Zeitung "Unser Tag" veröffentlichte am 5. Mai eine Erklärung des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Demontageliste. Bemerkenswert ist zunächst, daß von 55 angeblich von der Demontage bereiten Betrieben bei näherer Untersuchung ganze 10 übrig bleiben. "Unser Tag" berichtet unter dem Titel "Vernichtung wichtiger Exportindustrien" über die Stellungnahme des Ministeriums weiter:

"Bei den bereiten Betrieben handele es sich in der Mehrzahl um mittlere und kleinere Betriebe, die fast alle ... durch die Vorentnahmen ihre wertvollsten Maschinen eingebüßt hätten. Dadurch, daß kein Betrieb der Uhren-Industrie von der Demontage bereit worden sei, würde das Land Baden etwa 70 Prozent der Kapazität dieser wertvollen Exportindustrie verlieren. Von der für Baden besonders bedeutungsvollen Werkzeugindustrie sei nur ein mittelgroßer Betrieb von der Demontageliste gestrichen worden.

Als sehr folgenschwer ... wird die Demontage der Aluminium-Werke in Wutöschingen bezeichnet ... 220 Arbeiter würden zum 30. Juni entlassen, ohne daß sie ... am Ort wieder eine Arbeit finden könnten.

Wie wir dem Bericht von "Unser Tag" weiter entnehmen, erinnert das Ministerium schließlich an die außergewöhnlich hohen Verluste unseres Landes durch die sogenannten Vorentnahmen. Diese umfaßten rund 15 500 Maschinen mit einem Anschaffungswert von 58 Millionen Mark... Nach roher Schätzung betrage der Gesamtwert der Demontagen in Südbaden einschließlich der Vorentnahmen ... rund 78 Millionen Mark.

Ernährungsschwierigkeiten in Süd-Württemberg

S c h w e n n i n g e n, (PD)

"Unsere Stimme" berichtete Ende April:

„Die vorhandenen Zuckervorräte sind so gering, daß sie nicht zur Ausgabe für die Aprilration reichen. Erwartete Lieferungen auf Grund des Marshallplanes sind ... bisher nicht eingetroffen. Man versucht nun mit Polen wegen Lieferung des fehlenden Zuckers zu verhandeln und hofft, daß die benötigten Mengen bald beschafft werden können.

Das Blatt bemerkt dazu:

"Man hofft also, von den bösen Nachbarn im Osten, von den vielgeschmähten Ländern 'hinter dem eisernen Vorhang' die fehlenden Zuckermengen zu bekommen. Hat man etwa eingesehen, wie unangenehm es werden kann, wenn man sich nur auf die Verbindung allein nach dem Westen angewiesen sieht?"

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Etappen zur deutschen Einheit

B e r l i n (PD)

Der Befehl Armeegeneral Tschujkows über die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Er hätte schon vor vielen Monaten erfolgen können, wenn sich die Westmächte schon damals zu einer Verständigung mit der Sowjetunion über den Zusammentritt des Außenministerrats bereit erklärt hätten, um die strittigen Fragen der Deutschlandpolitik in gemeinsamen Beratungen zu klären und zu lösen. Die Sowjetunion hat die "Konzession" gemacht, daß sie sich einverstanden erklärte, die angeordneten Beschränkungen 11 Tage vor dem Zusammentritt der Außenministerkonferenz außer Kraft zu setzen. Gleichzeitig werden die von den Westmächten angeordneten Verkehrsbeschränkungen aufgehoben. Was beweist das? Das beweist, daß die Sowjetunion ihre Deutschland-Politik konsequent fortsetzt, die auf die Scharrung der Einheit Deutschlands und die Sicherung des Friedens abzielt, die Politik, die von den fortschrittlichen Kräften Deutschlands stets verfolgt worden ist.

Die "Berliner Krise" wurde von den Westmächten inszeniert, als sie die Separatwährung in einem Teil Berlins einführten, um bewußt ein wirtschaftliches und politisches Chaos anzurichten. Die Leidtragenden waren die Werktätigen, die unter dem westlichen Währungsbetrug und der Luitbrücken-Politik in erster Linie zu leiden hatten. Reaktionäre Kräfte des Westens nahmen die von ihnen gescharrte "Berliner Krise" zum Anlaß für ihre Kriegshetze. Sie verhinderten aus diesem Grunde jede Möglichkeit einer Beilegung des "Berliner Konflikts", spalteten, rissen Wirtschaft und Verwaltung der Hauptstadt immer mehr auseinander und verstiegen sich bis zu der verbrecherischen Äußerung, Berlin sei einen neuen Krieg wert. Der Verständigungswille der Sowjetunion wurde verhöhnt, Stalins Angebote, die strittigen Fragen gemeinsam zu beraten, wurden abgelehnt.

Nun hat sich die Situation geändert. Die heranrollende Wirtschaftskrise in den USA, die durch eine unerhörte Aufrüstung aufgehalten werden sollte, zwingt der amerikanischen Politik einen gewissen Kurswechsel auf. Sogar General Clay, der solange mit ausgezogenen Glacehandschuhen den "kalten Krieg" führte, mußte schließlich eingestehen: "Krieg bedeutet keine Lösung". In der Tat sieht heute alle Welt, daß der Friedenswille der Völker stärker ist als das Kriegstreiben einer Handvoll Milliardäre, mögen sie auch zeitweilig über Macht und Einfluß verfügen.

Natürlich ist die Wiederherstellung des verkehrstechnischen Zustandes, wie er am 1. März 1948 geherrscht hat, wenn auch ein bedeutsamer Fortschritt, so doch noch längst kein zufriedenstellender Zustand für das deutsche Volk, sein Lebensinteresse erfordert den Aufbau einer unabhängigen Friedenswirtschaft und als Voraussetzung dazu die vollständige Wiederherstellung der Einheit und Souveränität des Landes ohne Verkehrs- und Wirtschaftsbeschränkungen irgendwelcher Art.

PresseDienst
(PD)

10. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Damit dieses einheitliche und friedliche demokratische Deutschland erstehen - darum geht die Wahl zum Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai, dazu ist ein millionenfaches Ja notwendig.

Die Aufhebung der Transportbeschränkungen und die Wiederherstellung der Lage, wie sie vor dem 1. März 1948 bestand, ist ein Schlag gegen die Kriegshetzer, denen nun ihre Argumente im Zusammenhang mit der "Berliner Krise" genommen sind. Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, die Spalter und Kriegstreiber würden nun von heute auf morgen sich auf eine fortschrittliche Linie im Sinne einer demokratischen deutschen Einheit umstellen. Die Erlangung der deutschen Einheit bleibt nun erst recht eine Sache des Kampfes, den alle fortschrittlichen und verantwortungsbewußten Deutschen führen müssen. Die Annahme des Grundgesetzes für einen separaten westdeutschen Staat durch den Parlamentarischen Rat in Bonn zeigt jedenfalls, daß die Spalter ihre Waffen noch nicht zu strecken gedenken. Andererseits geben gewisse reaktionäre Kreise Parolen aus, die letzten Endes auf eine Aufhebung und Beseitigung der demokratischen Errungenschaften in der Ostzone hinauslaufen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese Hoffnungen der Reaktion auf Sand gebaut sind. Die Arbeiterklasse der Ostzone wird auch ihre Einheit zu schützen wissen, nachdem sie die Lehren aus einer verhängnisvollen Vergangenheit gezogen hat, da ihre Spaltung sie dem Faschismus und Krieg auslieferte. Ihr Beispiel wird sich auch im Westen auswirken.

Die unteilbare demokratische deutsche Republik wird kommen, sie steht auf der Tagesordnung der Geschichte. In der Kampffront für Einheit und gerechten Frieden stehen alle anständigen Deutschen, unabhängig davon, in welchem politischen Lager sie stehen, welche Weltanschauung sie haben und welcher sozialen Schicht sie angehören. Das ist auch der Sinn des Appells des Deutschen Volksrats an die gutgesinnten Deutschen aller Zonen, eine nationale Front für die Einheit Deutschlands zu bilden. Darum ist auch das gesamte deutsche Volk aufgerufen, sich für den 5. Deutschen Volkskongreß zu erklären.

(W.B.)

Allumfassende nationale Front muß die Einheit erkämpfen

B e r l i n (PD)

Während sich die vier Großmächte zu gemeinsamen Verhandlungen über die Deutschlandprobleme entschlossen haben, werden in Westdeutschland gleichzeitig - unmittelbar vor Beginn der bedeutsamen Pariser Besprechungen - durch Annahme des sogenannten "Grundgesetzes" und Einsetzung eines "Überleitungsrates" Versuche gemacht, die Spaltung zu vertiefen. Eindeutig wurden diese Versuche in der Einladung des Volksratspräsidiums an den Parlamentarischen und an den Wirtschaftsrat als verantwortungslos gekennzeichnet.

In einer Rede vor dem Präsidium des Deutschen Volksrats zitierte Otto Grotewohl am 9. Mai diese warnende Feststellung und stellte die Frage, ob etwa Faustpränder für die Verhandlungen des Außenministerrats geschaffen werden sollen. Wenn, so erklärte Grotewohl, die Forderung des Deutschen Volkes nach nationaler Einheit und einer gesamtdeutschen Regierung von einem Vertreter der britischen Militär-

- 3 -

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Kommentare - 3 -

regierung unterstrichen wurde, - warum vergewaltigen dann die Militärgouverneure der Westmächte die Mehrheit des Bonner Parlamentarischen Rates, damit dieser ohne Befragen des Deutschen Volkes einen westdeutschen Staat schafft?!

Wenn die Mehrheit des Bonner Rates dem Versuch, das deutsche Volk zu vergewaltigen, nicht wirksam die Kraft ihres nationalen Gewissens entgegensetzen konnte, dann muß eine breite, wahrhaft nationale Front für den Kampf um die Zukunft Deutschlands geschaffen werden. Otto Grotewohl betonte in seiner Rede mit großem Ernst, daß nicht nur die vom Präsidium des deutschen Volksrats erneut vorgeschlagenen Verhandlungen zwischen Repräsentanten Ost- und Westdeutschlands in Braunschweig keine Manöver seien, sondern daß ihre Grundlage noch bedeutend verbreitert werden müsse. Ohne Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung, deren Interessen völlig in den Hintergrund treten müssen, gilt es, ausnahmslos alle Kreise unseres Volkes zum Kampf für die Einheit zu mobilisieren.

Auf Vorschlag von Otto Grotewohl wurde die Einladung zu Verhandlungen auf gesamtdeutscher Basis auf die politischen Parteien, Gewerkschaften, Friedensgesellschaften und Jugendverbände westdeutschlands, den Nauheimer Kreis und auf die zwölf Bonner Abgeordneten ausgedehnt, die gegen die westdeutsche Verrassung stimmten, auf Vorschlag weiterer Persönlichkeiten des Volksrats auch auf die westdeutschen Frauen- und Bauernorganisationen.

Am 20. Mai soll die Braunschweiger Konferenz stattfinden. Damit und durch schnellste Einberufung des am 15. und 16. Mai gewählten Volkskongresses wird gewährleistet, daß die Stimme des deutschen Volkes in Paris Gehör findet.

Die unabwiesbare Forderung, die heute vor jedem einzelnen Deutschen steht, ist unter Zurückstellung aller anderen Meinungsverschiedenheiten, seine ganze Kraft für ein einheitliches Wollen und Handeln des deutschen Volkes im Kampf um seine Einheit einzusetzen. Wenn auch die Großmächte sich zu gemeinsamen Verhandlungen zusammenfinden, so stehen doch so schwerwiegende Probleme auf der Tagesordnung, wie das Ruhrstatut und das Besatzungsstatut, die nur gelöst werden können, wenn die Massen des deutschen Volkes selbst sich gegen die Bedrohung ihrer nationalen Existenz zur Wehr setzen. Immer wieder muß betont werden: Der einheitliche demokratische Wille eines Volkes, das in Frieden leben will, und das in diesem Willen mächtige Freunde hat, kann nicht mißachtet werden.

(F.L.)

VVN für Frieden und Einheit

H a m b u r g (PD)

Am 7. und 8. Mai 1949 fand in Hamburg der Internationale Befreiungstag der VVN statt. 2 200 Delegierte aus allen Zonen Deutschlands, darunter über 500 aus der Ostzone und Berlin legten ein erneutes Bekenntnis ab, für den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Kommentare - 4 -

Die Mehrheit des Hamburger Senats hatte nichts unversucht gelassen, um die Durchführung des Internationalen Befreiungstages in dem von der VVN geplanten Rahmen zu verhindern. Um nicht mit den europäischen Widerstandskämpfern gemeinsam demonstrieren zu müssen, hatte Oberbürgermeister Brauer (SPD) die Übergabe des vom Hamburger Senat errichteten Ehrenmales in letzter Minute auf den 5. Mai vorverlegt. Die Übernahme des Patronats über den Internationalen Befreiungstag durch die Stadt Hamburg wurde in der Bürgerschaftssitzung gegen die Stimmen der Abgeordneten der KPD, CDU und FDP von der Sozialdemokratischen Senatsmehrheit abgelehnt. Als es sich zeigte, daß der Befreiungstag zu einer gewaltigen Friedenskundgebung der europäischen Widerstandskämpfer werden würde, schaltete sich die englische Militärregierung ein und verweigerte die Einreisevisa für die verschiedenen ausländischen Delegationen, so daß nur zwei Vertreter der französischen und ein Vertreter der holländischen Widerstandsbewegung in Hamburg anwesend sein konnten. Auch die für den 8. Mai im ehemaligen Hamburger Konzentrationslager Neuengamme vorgesehene Totenehrung wurde von der englischen Militärregierung untersagt.

Trotz all dieser Behinderungs- und Verbotsmaßnahmen gestaltete sich der Internationale Befreiungstag zu einer wuchtigen und eindrucksvollen Kundgebung. Die Begrüßungstelegramme der verschiedenen Landesorganisationen der FIAPP an die Hamburger Tagung drückten die enge Verbundenheit der Widerstandskämpfer aller Nationen mit ihren deutschen Kameraden aus. Die Reden, auf dem Kongreß der Widerstandskämpfer in der Hamburger Universität am 7. Mai waren durchdrungen von dem Willen, unbeschadet der politischen, weltanschaulichen und religiösen Weltanschauung des Einzelnen, in der vordersten Front der Kämpfer für den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschlands zu stehen.

Über 20 000 Hamburger beteiligten sich am Sonntag gemeinsam mit den Delegierten aus ganz Deutschland an der Demonstration und der nachfolgenden Kundgebung vor dem Ehrenmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Freudig begrüßt wurde die Frau von Ernst Thälmann, die in einigen kurzen Begrüßungsworten zum unnachgiebigen Kampfe für die Erringung eines demokratischen einheitlichen Deutschland aufrief. Mit Empörung nahmen die Anwesenden Kenntnis von der Mitteilung, daß dem Generalsekretär der FIAPP, Edward Kowalski (Polen), durch die englische Militärregierung die Weiterreise von Berlin nach Hamburg verweigert wurde.

Alle Bemühungen, die VVN als letzte gesamtdeutsche Organisation zu zerschlagen, sind bisher mißlungen. Der Internationale Befreiungstag 1949 in Hamburg war ein erneutes Bekenntnis der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, die Einheit ihrer Organisation gegen alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen, auf das Ausserste zu verteidigen. In diesem Kampf genießt die VVN die Unterstützung und das Vertrauen der ausländischen Widerstandskämpfer. Diese sehen in ihren deutschen Kameraden die besten Garanten für eine zukünftige demokratische Entwicklung Deutschlands.

(H.V.)

- 5 -

PresseDienst
(PD)

10. Mai 1949
Kommentare - 5 -

Wer sichert unsere nationalen Interessen?

B e r l i n (PD)

Wer seinerzeit die Reiseberichte Türken-Reuters über seine Schnorrerfahrten nach England und Amerika gelesen hat, konnte annehmen, daß der Mann Interessen des deutschen Volkes vertreten hätte. Aber bei näherem Zusehen ergab sich, daß er nur - allerdings vergeblich - versucht hatte, die unhaltbare Position der Berliner Kriegshetzer zu festigen. Nun liegen die Berichte der deutschen Delegierten von den Friedenskongressen in Paris und Prag vor, aus denen jeder Deutsche erkennen kann, daß es einen anderen (und den einzigen) Weg zur Sicherung unserer nationalen Interessen gibt.

Lassen wir die Tatsachen des Pariser Weltfriedenskongresses sprechen. Auf diesem Kongreß genoß die deutsche Delegation dieselben Rechte wie die Delegationen anderer Länder, sie war völlig gleichberechtigt. Die polnische Delegation gab eine Erklärung ab, daß das demokratische Polen den Kampf der demokratischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone als wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens betrachte und bereit sei, uns in diesem Kampf jede Unterstützung zu gewähren. Von der Kongreßleitung und von zahlreichen Delegierten wurde der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands als wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens anerkannt. Die deutsche Delegation wurde auf dem nationalen Kongreß der ehemaligen politischen Gefangenen und Deportierten Frankreichs brüderlich begrüßt. Im Buffalo-Stadion klatschten aus Frankreich und Paris zusammengeströmte Hunderttausende bei der Bekanntgabe vom Eintreffen der deutschen Delegation freudigen Beifall. Im internationalen Komitee der Kämpfer für den Frieden wurde auf Antrag des sowjetischen Dichters Korneitschuk die deutsche Sprache als gleichberechtigte Verhandlungssprache anerkannt.

Das sind Tatsachen, die zweierlei beweisen. Sie zeigen einmal, daß dem Kampf der antifaschistischen Demokraten in Deutschland ein großes Vertrauen entgegengebracht wird. Und sie beweisen zum anderen, daß unser Kampf den wahren nationalen Interessen unseres Volkes entspricht.

Worin liegt das nationale Interesse unseres Volkes? Im friedlichen Zusammenleben mit all unseren Nachbarvölkern, in der Freundschaft mit allen Völkern der Erde. Das schlimmste, was uns passieren könnte, wäre ein neuer Krieg, der unweigerlich auf deutschem Boden ausgetragen würde und dessen Folgen sich selbst die kühnste Phantasie kaum auszumalen vermag. Den Frieden und die Freundschaft können wir aber nur erhalten und erwerben, wenn die anderen Völker, die so unendlich viel unter dem deutschen Faschismus gelitten haben, wieder Vertrauen zu uns gewinnen.

Können sie Vertrauen gewinnen, wenn sie sehen, daß aktive Nazis unter dem Beifall deutscher Naziverbrecher von deutschen Richtern freigesprochen werden? Können sie Vertrauen gewinnen, wenn sie lesen, daß deutsche (oder angeblich deutsche) Journalisten schreiben,

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Kommentare - 6 -

Berlin sei einen Krieg wert? Können sie Vertrauen gewinnen, wenn mit Zustimmung deutscher Parteien die nazistischen Kriegsverbrecher im Westen wieder ihre alten wirtschaftlichen Machtpositionen erhalten? Natürlich nicht, und darum haben die Völker den deutschen Abgesandten der Kriegshetzer auch die kalte Schulter gezeigt.

Der Kampf der Sozialistischen Einheitspartei ^{Deutschlands} und aller demokratischen Antifaschisten entspricht allein einer wahrhaft nationalen Politik im Interesse des deutschen Volkes - das hat der Pariser Weltfriedenskongress mit aller Bindeutigkeit bewiesen. Aber die Erfolge, die wir auf diesem Kongress erzielen konnten, dürfen uns weder hoch- noch übermütig machen. Sie sind eine Verpflichtung, unseren Kampf tausendfach zu verstärken, alles daran zu setzen, die Front der Kämpfer für Einheit und gerechten Frieden zu vergrößern. Sie sind insbesondere heute eine Mahnung und Verpflichtung, am 15. und 16. Mai für die Delegierten zum Deutschen Volkskongress zu stimmen, der einzigen Vertretung der nationalen Interessen unseres Volkes.

Zwischen den nationalen Interessen unseres Volkes und der internationalen Solidarität gibt es keinen Gegensatz. Gerade die internationale Solidarität mit den Arbeitern der ganzen Welt, die engste internationale Zusammenarbeit aller Kämpfer für den Frieden, vor allem aber der Kampf gegen die verbrecherische Antisowjethetze und das offene und aktive Eintreten für die Sowjetunion - all das sichert den Frieden und liegt daher im Interesse des deutschen Volkes.

(Stern Heymann)

Arbeitsberatungen gegen den Bürokratismus

B e r l i n (PD)

Jeder hat wohl schon aus den Gebäuden unserer Verwaltungen wirk-tätige Frauen und Männer mit mürrischen Gesichtern kommen sehen und die Äußerung gehört: "So ein Bürokratismus!" Und jeder hat wohl selbst schon mit dem Bürokratismus zu tun gehabt und dabei kostbare Arbeitszeit verloren. Es ist notwendig, einmal in Erinnerung zu rufen, daß Walter Ulbricht bei der Eröffnung der Deutschen Verwaltungs-Akademie sagte:

"Wir müssen gegen die bürokratischen Mißstände offen den Kampf führen."

Die fortschrittlichen Frauen, Männer und besonders die Jugend sind es, die das Steuer des noch zum großen Teil im rauen Winde treiben-den Verwaltungsschiffes herumreißen müssen, um eine frische Brise in die Segel zu bekommen. Aber ehe sie das tun, sollen sie beraten, um auf den Kurs zu kommen, der zum Ziele führt.

"Auch in den Verwaltungen - sagte Walter Ulbricht weiter - müssen also Arbeitsberatungen durchgeführt werden, genau so wie die Gewerkschaften in den volkseigenen Betrieben Produktionsberatungen durchführen."

Also für alle Fragen der Verwaltung muß die Betriebsgewerkschafts-leitung, für jede Abteilung gesondert, die Arbeitsberatungen organi-sieren. Dabei sollten die Vorschläge aller Kollegen der betreffenden Abteilung für bessere Arbeitsmethoden und insbesondere die Kritiken des oft mit Recht unzufriedenen Publikums mit beachtet werden.

- 7 -

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Kommentare - 7 -

Nach jeder Vereinfachung des Arbeitsganges durch neue Arbeitsmethoden kommt der Dank der Bevölkerung und die Freude des Angestellten. Jede Vereinfachung in der Verwaltung macht Gelder für den Aufbau frei.

Von diesen zwei wichtigsten Punkten muß an die Arbeitsberatungen in der Verwaltung herangegangen werden. "Die Angestellten in der Verwaltung müssen in den Augen der Volksmassen keine Bürokraten wie im alten kapitalistischen Staatsapparat sein." Mit diesen Worten zeigt Walter Ulbricht das Ziel, das auch die Verwaltungen erreichen müssen.

(Rudolf Müller)

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Artikeldienst
=====

Zur Verbesserung unserer Nachwuchsplanung

(von Georg Chwalczyk)

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften wird, je mehr sich unsere Wirtschaft konsolidiert und vor allem die volkseigenen Betriebe entwickeln, immer rühbarer. Die Ursachen für diesen Mangel an qualifizierter Arbeitskraft sind bekannt. Es ist neben dem Menschenverlust durch den Krieg die Folge der Naziperiode, die die jungen Menschen in Uniformen presste und sich wenig um ihre Berufsausbildung kümmerte.

Das große Problem besteht heute darin, die Lücke unter dem Stamm der Facharbeiter möglichst schnell zu schließen und diesen Stamm zu vergrößern. Welche Wege sind dazu gangbar? Zuerst und vor allem selbstverständlich die möglichst umfassende berufliche Erziehung unserer Jugend. Darüberhinaus muß man sich um die nachträgliche Berufsqualifizierung älterer Menschen bemühen. Letzteres hat durch eine verbesserte und vereinfachte Umschulung zu geschehen. Reichen die bisher in dieser Richtung beschrittenen Wege bereits aus, um uns die Überzeugung zu geben, daß der Mangel an Fachkräften in absehbarer Zeit, wenn auch nicht völlig behoben, so doch entscheidend vermindert sein wird?

Schauen wir uns dazu einmal die Ziffern an, die z.B. das Landesamt für Arbeit in Erfurt für Thüringen vorlegt. Der Vorschlag für den Nachwuchsplan 1949 "verplant" 55 661 Jugendliche, und zwar 26 920 männliche und 24 741 weibliche. Aufgeschlüsselt nach den 27 Berufsgruppen erweckt der Plan den Anschein einer sehr genauen, fast wissenschaftlichen Arbeit. Der Plan sieht z.B. vor, daß die Berufsgruppe 5 - Metall - 6 866 männliche und 1 534 weibliche Jugendliche aufnehmen wird. Die Präzision dieser Zahlen wirkt verblüffend. Man kommt aber in die Versuchung, an einen Bluff zu glauben, wenn sich herausstellt, wie diese Zahlen zustande gekommen sind!

Die dem Nachwuchsplan zugrunde gelegte Gesamtzahl ist (wahrscheinlich der Einfachheit halber) identisch mit der Zahl der Schulentlassenen des Jahres 1949! Dabei weiß man aber sehr gut, daß es erfahrungsgemäß aus den verschiedensten Gründen überhaupt nicht gelingt, alle Schulentlassenen sortiert in Berufe unterzubringen, ja daß ein Teil von ihnen überhaupt nicht arbeitspflichtig ist. Die Ausgangszahl ist also gar nicht real! Das ist bekannt, erschüttert aber nicht, denn man hat ja noch Restbestände von Schulentlassenen aus den Vorjahren. Man weiß zwar nicht genau, wieviel, aber irgendwie werden sie das Manko schon ausgleichen! Im Plan selber erscheinen diese "Restbestände" nicht.

Der Plan sieht vor, daß nur 19 603 (bitte sehr, ganz genau errechnet!) der männlichen Jugendlichen in Ausbildungsstellen kommen sollen, während 7 317 nur "Arbeitsstellen" finden werden. Von den Mädchen sollen sogar nur 10 513 eine ordentliche Berufsausbildung erhalten! Man kann nur die Hoffnung haben, daß sich diese Zahlen aus der Kenntnis des Amtes über die tatsächlich vorhandene Zahl der Lehrplätze ergeben hat, so daß der Plan selbst alle Chancen hat, exakt wenigstens

+) des Planes

PresseDienst
(PD)

10. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

in Bezug auf die Lehrstellen erfüllt zu werden. Diese Hoffnung ist jedoch eitel! Daneben geht nämlich noch der Kampf um die Schaffung der Lehrplätze in den Betrieben und im Handwerk. Der Plan verurteilt von vornherein 27% der männlichen und 57% der weiblichen Jugend zu unqualifizierter Arbeit, wahrscheinlich in der Hoffnung, aus diesem Reservoir bei der Realisierung der Nachwuchspläne für 1950 und später schöpfen zu können.

Ein Blick auf die Realisierung der Nachwuchspläne, die in der Vergangenheit aufgestellt wurden, zeigt, daß sich die Verteilung der Jugendlichen auf die einzelnen Berufe meist etwas anders vollzog, als die Pläne vorsahen. Während die wichtigsten Berufsgruppen, vor allem Bergbau und Metall, die Planzierrn nicht erreichten, drängten sich die Jugendlichen in die Berufe, die, an den heutigen Bedingungen gemessen, die scheinbar besseren und bequemeren Lebenschancen bieten: die "nahrhaften" und die Schreibtischberufe. Die bisherigen Pläne haben also ihre Aufgabe, eine wirkliche L e n k u n g des Nachwuchses, wie sie unsere wirtschaftliche Entwicklung fordert, nur mangelhaft erfüllt. Wir wollen nicht annehmen, daß man es damit genug sein ließ, hinterher durch Errechnung der Prozentzahlen in Bezug auf "Über- und Untererrüllung" des Planes diese Tatsache festzustellen, sondern daß man sich ernsthaft darum bemüht, Pläne für die Nachwuchserziehung aufzustellen, die real sind.

Die Ausrüstung eines Bedarfsplanes an Fachkräften muß jetzt, nachdem die Zierrn des Zweijahrplanes vorliegen, ohne besondere Schwierigkeit möglich sein. Da sich die Entwicklung unserer Wirtschaft im Zweijahrplan auf besondere Schwerpunkte konzentriert, ist zu prüfen, welche Anzahl an qualifizierter Arbeitskraft diesen Schwerpunkten zur Verfügung gestellt werden muß. Dabei ist zu beachten, daß die neu zu entwickelnden Fachkräfte nicht nur den Stamm der bereits vorhandenen Facharbeiter erweitern sollen, sondern ^{daß} gleichzeitig eine bestimmte Anzahl alter Facharbeiter im Verlauf der Planungsperiode wegen Ueberalterung aus der Produktion ausscheiden wird und ersetzt werden muß.

Die Entwicklung der Fachkräfte muß in erster Linie eine Angelegenheit der Betriebe und ganzer Gruppen von Betrieben sein. Der Plan zur Entwicklung dieser Kräfte kann darum nicht nur am Schreibtisch eines Arbeitsamtes entstehen und sich mit der Schlüsselung nach Berufsgruppen begnügen. Die Arbeitsämter müssen in die Betriebe gehen, die Produktionsentwicklung und den Plan an Ort und Stelle studieren und gemeinsam mit den Betriebsleitungen und BGL den Nachwuchsplan aufstellen. Dabei ist sofort die Möglichkeit der Errichtung oder Erweiterung von Lehr- und Umschulungswerkstätten sowie die ergänzende Berufsausbildung durch Betriebsberufsschulen und Fachschulen zu erörtern.

Die Praxis hat gelehrt, daß das eintrache Ausrstellen von Plänen nicht genügt, wenn man sich nicht gleichzeitig mit einer Reihe von Nebenproblemen, die in ursächlichem Zusammenhang mit dem zu Erreichenden stehen, beschäftigt. Ein solches Nebenproblem ist z.B. die wohnliche Unterbringung der Lehrlinge und Umschüler. Der größte Teil der noch nicht in die Berufserziehung hineingezogenen jungen Menschen wohnt in Gemeinden, die keine ausreichende Ausbildungsmöglichkeit am Ort haben. Dabei würde es sich in der Mehrzahl um jugendliche Umsiedler handeln, deren ganze zukünftige Existenz davon abhängt, daß sie rest in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Sie müssen dazu aus ihrer jetzigen zufälligen Umgebung, die ihnen keine ausreichende Be-

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Artikeldienst - 3.-

rursaussicht bietet, herausgelöst werden. Wenn man diese Menschen zur Ausbildung an die Produktionsstätten heranführen will, muß gleichzeitig für die wohnliche Unterbringung gesorgt werden. Es ist also erforderlich, die Zahl der Lehrlings- und Ledigenheime zu erweitern und die schon bestehenden zu vergrößern und zu verbessern.

Das Landesjugendamt Thüringen hat einen Plan zur Errichtung von Lehrlingsheimen ausgearbeitet, der für rund 5 000 zu scharrende Wohnplätze (Betten) einen Kostenaufwand von über 4,5 Millionen DM vorsieht; das sind also rund 1 500 DM für jeden Wohnplatz (Bett)! Es ist vor auszusehen, daß bei einem derart hohen Kostenaufwand der Plan scheitern wird.

Hier müssen also andere, leichter gangbare Wege gefunden werden, um den Plan vom Papier in die Wirklichkeit zu übertragen. Die Errichtung von Lehrlingswohnheimen kann nicht eine reine Behördensache sein, sondern muß kombiniert werden mit der Initiative der Betriebe selber und muß unterstützt werden durch die demokratischen Organisationen, also durch den FDGB, die FDJ, Volkssolidarität u.s. Je breiter die Basis ist, auf die man sich dabei stützt und je größer die Initiative ist, die die Betriebe selber, ihre Belegschaften unter Leitung der BGL und die demokratischen Organisationen entwickeln, desto leichter und schneller werden die gesteckten Ziele erreicht. Konzentrieren sich alle Kräfte der werktätigen auf die Realisierung des Zweijahrplanes, dann ist es auch nicht schwer, sie auch hier zum Zupacken zu bewegen, wo es gilt, die menschliche Arbeitskraft zu qualifizieren, die helfen soll, den Plan zu erfüllen.

Unsere Arbeitsämter müssen sich endgültig lösen von dem alten, in der Weimarer Zeit entwickelten System der Arbeitsvermittlung. Sie müssen übergehen zur Lenkung und Qualifizierung der Arbeitskraft in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, die der Zweijahrplan vorzeigt. Das ist nicht möglich ohne eine Umstellung der alten und überholten Vermittlungsmethoden auf eine Planung der Arbeitskraft. Der Zweijahrplan liegt vor und die Erfahrungen seines ersten Quartals stehen zur Verfügung. Der Plan soll nicht nur erfüllt, er soll übererfüllt werden, es wird Zeit, daß sich die Planung der Arbeitskraft darauf orientiert.

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Nächtliches Moskau

(PD)

Die letzten Straßenbahnen, Trolleybusse und U-Bahnen bringen verspätete Spaziergänger, Theaterbesucher und Arbeiter der Abendschicht nach Hause. Die Straßen leeren sich, der Verkehr ebbt ab.

Moskauer Kugellagerwerke. Im ersten Stockwerk des riesigen Gebäudes wird gearbeitet. Erst im 2. Stock merkt man, daß es Nacht ist. Hier sind die Erholungsräume, die Kantine, die Ambulatorien, der Kindergarten. Auf der Krankenstation sind jetzt 70 Personen untergebracht, die sich nach Schluß jeder Tagesschicht hierher zu ärztlicher Beobachtung begeben. Diese Arbeiter haben kleinere Beschwerden, die entweder erst durch ärztliche Beobachtung aufgeklärt werden müssen oder einer bestimmten ärztlichen Pflege bedürfen. Eine besondere Küche bereitet Diätspeisen, Ärzte und Krankenschwestern sorgen für die Behandlung. Kino und Bibliothek stehen zur Verfügung.

Am Tage arbeiten sie an der Werkbank, in der Mittagspause bekommen sie ihre Diätkost. Ärztliche Behandlung, Aufenthalt, Krankenkost - alles auf Kosten der Sozialversicherung. Der nächste Raum ist die Kantine. Zu haben ist: Milch, Mehlspeise, Kompott, frisches weißbrot, belegte Brötchen, gekochte Eier, Kartoffelsalat mit Würstchen.

Weiter hinten ist der Kindergarten und die Krippe. In weißen Betten schlafen hier Kinder, deren Mütter Nachtschicht haben. Hier werden sie von erfahrenen Kindergärtnerinnen, Schwestern und Kinderärzten betreut.

Unser Weg führt in die Brotfabrik "Chruschow", die 5 Bezirke der Stadt Moskau mit Brot versorgt. Hier ist man besorgt, der Moskauer Bevölkerung am frühen Morgen die frischen Schrippen, das Brot zu sichern. Auf Rutschbahnen gleiten die 60 - 80 Brote in der Minute auf Tische, von wo sie die Arbeiterinnen in Kästen verladen, die die 57 Lastzüge der Fabrik unentwegt, Tag und Nacht den Läden zuführen.

Auf dem weiteren Weg begegnet uns ein Milizionär. Wir beginnen ein Gespräch, doch muß er uns enttäuschen, es ist nicht besonderes vorgefallen: "Ich bin seit 19 Jahren Milizionär. In den ersten Jahren meines Dienstes hätte ich ihnen von nächtlichen Streifen erzählen können. Da gab es noch das Öfteren Schlägereien, Einbrüche, auch mußten wir manchmal einen Mord aufklären. Jetzt kommt so etwas ganz selten vor. Manchmal muß ein Betrunkener festgenommen werden, wenn er randaliert, sonst höchstens Unfälle, und auch diese sind bedeutend weniger geworden."

Im Gespräch sind wir in die Potapowastraße gekommen. Das hellerleuchtete Gebäude des "Moskauer Bolschewik". In der Redaktion ist um diese Stunde Hochbetrieb. Die letzten Meldungen werden in Druck gegeben. Das Zeitungskombinat druckt 5 große Tageszeitungen und 115 Betriebszeitungen. Wir sind noch im Gespräch mit dem Chauffeur eines Lastzuges, der die Zeitungen den Kiosken und Postämtern zustellt, als der Lautsprecher mit 6 Glockenschlägen der Kreml-Glocke sich meldet:

"Hier spricht Moskau ... Guten Morgen Genossinnen und Genossen."

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Die kulturelle Revolution in Polen

(PPD)

"Das wesentlichste Merkmal des neuen Polen ist die Heranbildung eines neuen Menschentyps, der bewußt an der Schaffung einer nationalen, im Rahmen des sozialistischen Aufbaus sich entwickelnden Kultur mitarbeitet," erklärte der polnische Kunst- und Kulturminister Sokorski, in einem von der Presse veröffentlichten Beitrag. Wie der Minister bekanntgab, ist die Hörerzahl an den technischen Schulen und Universitäten Polens gegenüber der Vorkriegszeit um das fünffache gestiegen und der Anteil der Arbeiterkinder an der Schülerzahl der Höheren Schulen auf etwa 40% und an derjenigen der Handelsschulen auf rund 75% angewachsen. Die Arbeiter stellen bereits 45%, in Oberschlesien sogar 85% der Theaterbesucher. Auch die Geburtstätten einer neuen Künstlergeneration, die Kunstakademien, sind weit über das Vorkriegsausmaß von lediglich 25 solcher Institutionen vermehrt worden. Heute gibt es außer den erwähnten Akademien bereits weitere 7 Hochschulen für Bildende Kunst sowie 45 Höhere Schulen für Spezialfächer der Kunst, ferner 9 Musikkonservatorien, 72 Höhere Musikinstitute und mehr als 200 Musikschulen. In diesen Bildungsanstalten zur Heranziehung eines künstlerischen Nachwuchses sind die Kinder von Arbeitern mit 40 bis 45% vertreten, diejenigen der Bauern mit etwa 25% und der schaffenden Intelligenz mit 30%.

Der rumänische Staatsverlag

(PD)

Das Organ des Deutschen Antiraschistischen Komitees in Rumänien "Neuer weg" vom 21. April berichtet über die Tätigkeit des Staatsverlags der Rumänischen Volksrepublik. Es wurden im Januar 1949 20 Bücher mit einer Gesamtauflage von 120 000 Exemplaren und 12 Schulbücher (darunter 8 für nichtrumänische Nationalitäten) in einer Gesamtauflage von 256 000 Exemplaren gedruckt, im Februar 19 Bücher mit einer Auflage von 112 000 Exemplaren, 17 Schulbücher (darunter 11 für nichtrumänische Nationalitäten) mit einer Gesamtauflage von 542 000 Exemplaren und im März 57 Bücher mit einer Auflage von 580 000 Exemplaren und 8 Schulbücher (davon 4 für nichtrumänische Nationalitäten) in einer Gesamtauflage von 110 000 Exemplaren. Außerdem wurden im Monat März 15 Bücher in ungarischer Sprache mit einer Gesamtauflage von 52 000 Exemplaren gedruckt.

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Stimmen des Auslandes - 3 -

Zur Information
=====

England von heute

von Olga Schischtschowkina

(MR)

Der Zug hält in Dundee, einer alten Stadt in Schottland. Das Haus von Mrs. Kiddy, die uns eingeladen hatte, stand am Rande der Stadt. Von hier aus hatte man einen malerischen Blick auf die Berge und den von dichten Laubbäumen eingerahmten Fluss. An diesem Morgen, der durch einen für Schottland ungewöhnlich strahlenden Sonnenschein überflutet war, gelangten wir in ein kleines Vorzimmer, wo uns unsere Gastgeberin empfing. Die Familie Kiddy ist eine typische schottische Familie. Mr. Kiddy ist ein Schotte von gedrungener Gestalt mit grossem rotem Gesicht und besitzt im Zentrum der Stadt einen Frisiersalon. Mrs. Jessie Kiddy, seine Frau, etwa im gleichen Alter, mit kurz geschnittenem Haar und hurtigen braunen Augen, spricht schottischen Dialekt mit langgezogenem rollendem K. Sie bat uns in ein gemütliches kleines Zimmer, wo wir einen jungen Mann sahen, bei dessen Anblick wir sagen konnten: So sah Mr. Kiddy in seiner Jugend aus. Es war Jim, der älteste Sohn der Kiddys. Während des Krieges war er in der englischen Armee. Jetzt schliesst er seine Bildung ab.

Es kam sofort eine ungezwungene und oriene Unterhaltung zustande. Als ich mich im Zimmer umschaute, sah ich an der Wand neben dem Kamin eine Flickerpuppe, an deren Kleid die Bändchen militärischer Auszeichnungen angeheftet waren. "Das sind meine Auszeichnungen", sagte Jim. "Übrigens besitze ich nur die Bändchen. Ich will mir diese Auszeichnungen gar nicht abholen".- Sie wollen nicht? Weshalb? - "Ich habe der Armee und dem Krieg meine Jugend geopfert. Ich zog in den Krieg mit dem leidenschaftlichen Streben, dem Volke und dem Lande zu helfen. Wir kämpften für die Freiheit, gegen den Faschismus. Und was ist nun? Wo ist sie, diese Freiheit und Demokratie in unserem Lande? Meine Mutter, Mrs. Kiddy, ist aus der Labour-Partei ausgeschlossen, weil sie ein Freund der Sowjetunion sein will." - "Du hast nicht ganz recht," fiel ihm Mrs. Kiddy ins Wort, "man hat mich nicht aus der Labour-Partei ausgeschlossen. Man hat mir vorgeschlagen, aus der Gesellschaft für Freundschaft mit der Sowjetunion auszutreten, und da bin ich selbst aus der Partei ausgetreten, in der ich so viele Jahre war. Ich bin ausgetreten, weil ich nicht in der Partei bleiben kann, die die Freundschaft mit Russland verraten hat."

"Ja," ruhr Jim fort, "wir haben gekämpft, aber die Reaktionäre haben in unserem Lande wieder die Macht an sich gerissen. Ich will nicht, dass man mich als ihren Komplizen betrachtet. Ich verzichte auf ihre Auszeichnungen."

"Und was denken Sie, Mrs. Kiddy?" - "Der Junge hat recht. Er hat nicht für Churchill und nicht für Bevin gekämpft."

Da mischt sich George Hamilton, ein schottischer Kommunist, ins Gespräch ein. "Nein", widersprach er lebhaft, "nein, wir müssen die militärischen Auszeichnungen tragen, gerade wir müssen sie tragen, um der ganzen Welt zu zeigen, dass wir Grossbritannien gegen den deut-

Pressedienst
(FD)

10. Mai 1949

Stimmen des Auslandes - 4 -

schen Faschismus verteidigt haben, wir und nicht diejenigen, die einen neuen Krieg beginnen wollen. Wir haben ein Recht zu sagen: Nein, wir werden niemals gegen die Sowjetunion kämpfen. Sie mögen sich daran erinnern, dass wir gegen jene gekämpft haben, die Sowjetrußland vernichten wollten."

"Nun, eigentlich hast du recht", sagte Mrs. Kiddy nachdenklich. "Diese Auszeichnung verdient, dass Jim sie trägt. Aber Gott behüte, dass mein jüngerer Sohn mit einer Auszeichnung nach Hause kommt!"

Wir erfuhren, dass der jüngere Sohn der Kiddys nach Malaya gefahren ist. Vor kurzem besuchte er das medizinische Institut, wurde in die Armee eingezogen, und jetzt befindet er sich irgendwo auf dem Wege nach Singapur. "Wenn er nur als Arzt, als Freund des malayischen Volkes dorthin gefahren wäre, würde ich mich freuen. Aber jetzt kann man ihn nicht als Freund der Malaien betrachten - Gott behüte, dass mein Sohn mit einer Auszeichnung von Malaya heimkehrt!"

+ + +

Wir hatten in England Gelegenheit, mit Menschen zusammen zu kommen, die gern über die ewige Apathie der Engländer, über ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Leben des Landes und der internationalen Lage philosophieren. Diese Psychologen suchen ihre Wünsche für Wirklichkeit auszugeben. Tatsächlich aber gibt es immer weniger Leute, die das Gewitter hinter geschlossenen Fensterläden abwarten möchten.

Die Idee des Kampfes für den Frieden gewinnt unter den breiten Massen des werktätigen Volkes überall immer festeren Boden. Dieses zunehmende Streben des englischen Volkes nach Frieden sucht die Reaktion mit allen Mitteln zu dämpfen oder wenigstens auf den Weg fruchtloser Betrachtungen über den Frieden im allgemeinen zu leiten, indem sie die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den für die Kriegshysterie verantwortlichen Kriegstreibern ablenkt.

Die Führer der Labour-Partei brüsten sich gern damit, dass sie angeblich die Meinung des englischen Volkes widerspiegeln. Wenn man sie hört, könnte man glauben, das Volk Englands sehe sich geradezu danach, dass London am Hudson und nicht an der Themse stehe, dass Craydon ein Stützpunkt amerikanischer Bomber werde, dass man im Hyde Park den Yankee Doodle singe.

An dem Tag, an dem das Unterhaus in London den Atlantikpakt erörterte, wohnten wir einer Massenkundgebung der Werktätigen der Stadt Paisley in Schottland bei. Alle Redner und alle, die nach der Kundgebung zu uns traten, Arbeiter, Angestellte, Lehrer, alle sagten: "Wir brauchen keinen Atlantikpakt; sollen sie Churchill nach Amerika mitnehmen! Wir wollen und werden Freunde der Sowjetunion sein."

In London gibt es einen Arbeiterbezirk Southwark. In diesem Bezirk wurde bei der letzten Wahl ein Labourist, der jetzige Arbeitsminister Isaacs, gewählt. Ich hatte Gelegenheit, diesen Bezirk zu besuchen, und ich kann behaupten, dass die Arbeiter von Southwark die Labouristische Partei nicht unterstützen. Wir kamen spät abends nach Southwark. In einer finsternen, schwach beleuchteten Strasse brachte uns das Auto zu einem zweistöckigen Standardhaus. Wir stiegen über eine kleine Treppe hinauf, und nach der Finsternis der Strasse befanden wir uns

- 5 -

Pressedienst
(PD)

10. Mai 1949

Stimmen des Auslandes - 5 -

plötzlich in einem hell erleuchteten Zimmer, einem jener Zimmer, wie sie gewöhnlich der Londoner Arbeiter bewohnt. Hier wohnt Bert Lodge, ein junger Engländer, ehemaliger Soldat der englischen Armee und ehemaliger Arbeiter in einer Porzellanfabrik, durch die Gnade der Labour-Führer erwerbslos, entlassen während einer Säuberung des Betriebs von Kommunisten.

Aber im Zimmer befindet sich nicht Bert Lodge allein. Es war angefüllt von Männern und Frauen, die gekommen waren, um die Sowjetmenschen zu sehen und mit ihnen zu sprechen. Es war schon spät, aber die Kinder schliefen noch nicht. Die Mütter hielten sie absichtlich wach, um ihnen die sowjetischen Freunde zu zeigen.

Es gab viele Fragen, viele Reden, freundschaftliche und leidenschaftliche. Und dann schenkte man uns ein Basrelief Stalins. In einer Ecke des Zimmers, an die Wand gepresst und die erregten Augen nicht von uns lassend, stand ein grosser gebückter Mann in einem alten Regenmantel, mit den abgearbeiteten Händen des Arbeiters. Das war Joe Colliman. Er hatte das Bild Stalins angefertigt. Als wir versprochen, den Sowjetmenschen von seinem Geschenk zu erzählen, füllten sich die Augen Joe Collimans mit Tränen.

Ich kann noch einige Tatsachen als Bestätigung dafür anführen, dass das englische werktätige Volk aufrichtige freundschaftliche Gefühle für die Sowjetunion hegt. In Coventry, einer Stadt, die durch Bande der Freundschaft mit dem heroischen Stalingrad verknüpft war, waren wir in einem Autowerk. Uns begleitete der Pastor des Ortes. Er ist natürlich kein Kommunist, aber Mitglied der Gesellschaft für Freundschaft mit der Sowjetunion, und er sagte: "Wir bringen zu unseren Kundgebungen mehr Menschen zusammen als die Partei der Labouristen und der Konservativen, denn jeder will mehr über die Sowjetunion wissen. Es gibt viele Menschen, die Freunde der Sowjetunion sein wollen, trotz der Verleumdungen unserer Presse."

Am Abend desselben Tages waren wir in Coventry in einer Versammlung des Gewerkschaftsaktivs, und der Vorsitzende der Versammlung sagte: "Sagen Sie den Sowjetarbeitern, dass wir gegen die Spalter sind, gegen Deakin und andere. Wir wollen die internationale Gewerkschaftseinheit wahren, und wir sagen, das letzte Wort gehört uns - das ist die Stimme des Volkes von England!"